

Schäuble erwartet größeren Beitrag der Banken 24

Westerwelle will Eingriffsrechte in Haushalte überschuldeter Euro-Staaten

mas./nbu./tens. BERLIN/BRÜSSEL/
ATHEN, 5. Oktober. Finanzminister
Schäuble (CDU) rechnet mit einem größeren
Beitrag der Banken zur Stabilisierung
Griechenlands als im Juli vereinbart worden
ist. Danach sollten die Institute freiwillig
auf 21 Prozent ihrer Forderungen verzichten.
Aus dem Finanzministerium ist nun jedoch
zu hören, Schäuble erwartet, dass ein höherer
Abschlag nötig sein wird. Die Staats- und
Regierungschefs der Euro-Zone waren im Juli
davon ausgegangen, dass das Angebot der
Finanzinstitute zusammen mit den anderen
Maßnahmen ausreicht, um Griechenland wieder
eine finanziell tragfähige Basis zu verschaffen.
Doch ist die Wirtschaft seither stärker
geschrumpft, das Defizit höher und der
Schuldenstand größer, als damals angenommen
worden war. Die Troika aus EU-Kommission,
Europäischer Zentral-

bank und Internationalem Währungsfonds
wertet derzeit die Daten in Athen aus.
Schäuble hatte am Dienstag nach einem
Treffen der Finanzminister in Luxemburg
erstmals die Notwendigkeit einer höheren
Beteiligung der Banken über die vereinbarten
21 Prozent hinaus angedeutet. Dies lehnte
der Internationale Bankenverband bisher ab.
Wenn die Banken ihre Papiere nicht schon
stärker abgeschrieben haben, würde dies
ihre Abschlüsse entsprechend belasten.

Außenminister Westerwelle (FDP) arbeitet
derweil an Plänen für verschärfte Eingriffs-
rechte in die Haushaltsrechte überschuldeter
Euro-Länder. Wie aus dem Auswärtigen Amt
zu hören ist, denkt man an ein dreistufiges
Verfahren. Je stärker ein Land von Hilfen
der übrigen Euro-Länder abhängig wird,
umso stärker sollten diese Eingriffsrechte
ausfallen.

CDU und CSU bewegen sich in der Haltung
zu Griechenland immer weiter auseinander.
Während die Bundeskanzlerin und CDU-
Vorsitzende Merkel davor warnte, die mit
einer Insolvenz Griechenlands verbundenen
Risiken zu unterschätzen, forderte CSU-
Generalsekretär Dobrindt die Bundesregierung
auf, sich darauf einzustellen. „Griechenland
ist pleite“, sagte er der Zeitung „Bild“. „Eine
Umschuldung muss kommen und eine
erfolgreiche Sanierung Griechenlands kann
es nur außerhalb der Euro-Zone geben.“ Die
notwendigen Vorkehrungen dafür müssten
jetzt getroffen werden. Bundeskanzlerin
Merkel hingegen machte nach einem Treffen
mit EU-Kommissionspräsident Barroso in
Brüssel deutlich, dass sie keinen größeren
Schuldenschnitt für Griechenland will.
(Fortsetzung Seite 2, siehe Seite 6, Kommentar
Seite 10 sowie Wirtschaft, Seite 11.)

Fortsetzung von Seite 1

Größerer Beitrag der Banken

Dem Land werde mit vielen kleinen Schritten geholfen, einen großen Befreiungsschlag werde es nicht geben, sagte Frau Merkel. Jetzt sei der Bericht der Troika abzuwarten, dann werde sich herausstellen, das die Zahlen des Hilfspakets noch passten. Griechenlar solle im Euro-Raum bleiben. Die Bundesregierung wolle nun auch etwas für das Wachstum in dem Land tun, weshalb Bundeswirtschaftsminister Rösler an diesem Donnerstag nach Athen reise.

Barroso und Frau Merkel riefen zur Ratifikation des Euro-Hilfsfonds EFSF in den Ländern auf, die das noch nicht getan haben, insbesondere in der Slowakei. „Das ist ein wichtiges Signal an die Märkte“, sagte die Kanzlerin. Frau Merkel ging nicht direkt auf den Anspruch der Kommission ein, die „Wirtschaftsregierung“ in der EU und im Euro-Raum zu stellen. Sie sagte nur, dass man der Kommission Kompetenzen übertragen habe. Ansonsten seien die Mitgliedstaaten Partner der Kommission. Barroso sagte, dass die Kommission die „Wirtschaftsregierung“ sein müsse. Frau Merkel will eine „Wirtschaftsregierung“ im Rat der Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder einrichten, die dann vom Ratspräsident Van Rompuy geleitet würde, nicht von Barroso.

Der stellvertretende Regierungssprecher Streiter teilte am Mittwoch mit, die Kanzlerin werde am Freitag den luxemburgischen Regierungschef und Vorsitzenden der Euro-Gruppe Juncker sowie den niederländischen Premierminister Rutte in Berlin treffen. Am Sonntag wird sie mit Frankreichs Präsident Sarkozy im Kanzleramt über die nächsten Schritte beraten.

Unterdessen kam es in Athen und anderen Städten des Landes am Mittwoch zu Streiks und größeren Protestkundgebungen, zu denen Gewerkschaften und linksgerichtete Oppositionsparteien aufgerufen hatten. In Athen fiel unter anderem der Flugverkehr dem Streik zum Opfer, während der öffentliche Nahverkehr nur stundenweise ausfiel. Der Zuspruch zu den Demonstrationen gegen die Regierung blieb allerdings bestehen. In Athen nahmen laut Polizeiangaben etwa 20 000 Menschen daran teil, in Thessaloniki kaum 10 000.

Die Euro-Krise Abweichler in der FDP, Angela Merkel an der Basis und die Frage, was Griechenland leisten kann

Sie sind so frei

Die „Euro-Rebellen“ der FDP / Von Peter Carstens

BERLIN, 5. Oktober. Frank Schäffler und seine Unterstützer haben offenbar die erste Hürde für einen Mitgliederentscheid in der FDP genommen. Ehe das sicher ist, müssen allerdings in der FDP-Mitgliedszentrale der FDP die vorliegenden Unterschriftenlisten geprüft werden. Schäffler benötigt laut Satzung fünf Prozent der Parteimitglieder, das sind bei 66 000 Mitglieder also 3300 um eine solche Entscheidung herbeizuführen. Nach eigenen Angaben hat er 3650 Unterschriften sammeln können.

Schäffler will, das betont er immer wieder, keinesfalls als „Anti-Europäer“ wahrgenommen werden. Im Gegenteil: „Wir bekennen uns zu Europa. Europas Zukunft muss ein Europa des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit sein.“ Was er und seine Unterstützer jedoch nicht wollen, beschreibt Schäffler als „das Schleifen des Rechts durch die Zentralbank, die Staats- und Regierungschefs und die Europäische Kommission“. Das müsse beendet werden. Wer finanzielle Risiken eingehen, müsse die Folgen auch übernehmen. Gegebenenfalls auch die Euro-Zone verlassen. Schäffler hat diese Position in der Griechenland-Debatte und bei allen anderen Schuldenfällen vertreten. Im Mai 2010 trat er als Obmann seiner Fraktion im Finanzausschuss zurück. Der 42 Jahre alte Schäffler gehört dem Parlament seit 2005 an, seine politische Basis ist der FDP-Kreisverband Herford, dem Schäffler seit 2002 vorsitzt. Nach dem Studium, war er Finanzberater bei der Firma MLP.

Der zweite Abgeordnete unter den Antragstellern ist Lutz Knopek, ein Diplom-Biologe aus Göttingen, der vor seiner Wahl in den Bundestag für ein amerikanisches Pharma-Unternehmen arbeitete und im Parlament ordentliches Mitglied des Sportausschusses ist. Auch Knopek hatte bereits das erste Rettungspaket abgelehnt. Dritte der acht Erstunterzeichner des Antrages ist die FDP-Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt, die aus Burgwedel kommt und für die FDP-Fraktion im Familienausschuss sitzt. Wie Knopek gehört die Niedersächsin zum ersten Mal dem Bundestag an.

Erfahrener und kritischer Begleiter der FDP ist seit Jahrzehnten Burkhard Hirsch, der Rechtsanwalt war Landesmi-

nister und später Bundestagsvizepräsident und hat sich mehrfach erfolgreich an Verfassungsklagen beteiligt, bei denen es gegen Einschränkungen der Bürgerrechte ging. Zu der Gruppe gehört auch Holger Krahrmer, der für die FDP im europäischen Parlament sitzt. Der gebürtige Leipziger hat als Anlageberater und in der Kaffeebranche gearbeitet, ehe er 2004 ins Europäische Parlament gewählt wurde. Schließlich gehören zu den Erstunterzeichner, Carlos Gebauer, Michael Böwingloh und Christoph Dammermann, von denen Richter Gebauer bekannt ist als Darsteller in einer RTL-Gerichtsshow. 2008 veröffentlichte er ein Buch unter dem Titel: „Warum wir alle reich sein könnten und wie unsere Politik das verhindert“. Böwingloh ist als FDP-Mitglied für Verl im Kreisverband Gütersloh aktiv, und Dammermann ist Ratsherr im westfälischen Werne.

Die von ihnen initiierte Befragung soll die Partei auf eine Ablehnung weiterer Rettungsmaßnahmen verpflichten: „Sie lassen sich mit ordnungspolitischen Prinzipien nicht vereinbaren“, heißt es. Zudem würden europäische Verträge gebrochen. Auch fordern die Antragsteller die Bundestagsabgeordneten der FDP auf, der Einrichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Bundestag die Zustimmung zu verweigern. Die FDP solle sich dafür aussprechen, überschuldeten Staaten den Austritt aus dem Euro zu ermöglichen.

Präsidium und Bundesvorstand der FDP wollen demgegenüber einen eigenen Antrag stellen, so dass die FDP-Mitglieder sich dann zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden können. Dabei wissen sie natürlich, das eine Mehrheit für Schäfflers Antrag oder auch eine nur knappe Niederlage das Ansehen der Parteiführung beschädigen und die Koalition mit der Union faktisch beenden würde. Der Mitgliederentscheid soll begleitet werden von Veranstaltungen in den Parteigliederungen, vorbereitend finden ab kommendem Wochenende drei Regionalkonferenzen statt und Mitte Oktober tagen Präsidium und Bundesvorstand auch zu diesem Thema. Ein Nachteil dieses Verfahrens ist jetzt schon absehbar: Die FDP wird für weitere Wochen sehr mit sich selbst beschäftigt sein.

Der griechische Anteil am griechischen Käse

ATHEN, 5. Oktober. In der Diskussion über die Zukunft Griechenlands wird immer wieder gesagt, dass ein Schuldenschnitt allein dem Land nicht helfe, weil es in seiner derzeitigen Verfassung bald wieder vor dem Bankrott stehen werde. In ihrer heutigen Form ist die griechische Wirtschaft tatsächlich ein Auslaufmodell. Ohne gesundes Wirtschaftswachstum mit einem größeren Exportanteil wird der Balkanstaat seine Krise nicht überwinden. Doch woher soll das Wachstum kommen? „Tourismus“ und „Landwirtschaft“ sind oft genannte Antworten, aber über solche Schlagworte hinaus war dazu bisher meist wenig zu hören. Das hat sich geändert, seit unlängst eine Studie zu Wachstumsmöglichkeiten der griechischen Wirtschaft veröffentlicht wurde, über die in Griechenland viel diskutiert wird.

Das sehr detaillierte Werk mit einigen überraschenden Ergebnissen trägt den Titel „Griechenland in zehn Jahren“ und wurde vom griechischen Arbeitgeber- sowie dem Bankenverband beim Athener Büro der Unternehmensberatung McKinsey in Auftrag gegeben. Zunächst widmen sich die Autoren einer Fehleranalyse und listen die Schwächen der griechischen Wirtschaft auf. Viel davon ist seit Monaten europäisches Allgemeinwissen: Eine aufgeblähte und dabei ineffiziente Verwaltung, geringe Produktivität, mangelhafte Rechtssicherheit auf der einen, investitionsstimmende Überregulierung auf der anderen Seite. Im Hauptteil der Analyse geht es aber darum, wie Griechenland aus diesen Fehlern lernen kann.

Ein anschauliches, in griechischen Medien häufig zitiertes Beispiel betrifft den Export von Olivenöl. Griechenland ist der drittgrößte Olivenölproduzent der Welt, doch etwa 60 Prozent des griechischen Exports gehen nach Italien, wo die eigentliche (und erhebliche) Wertsteigerung stattfindet. Viel von dem „italienischen Olivenöl“, das Deutsche und andere westeuropäische Kunden in teuren Feinkostläden erwerben, stammt eigentlich aus Griechenland. Die Abfüllung in elegante Flakons und die Vermarktung des Endprodukts besorgen aber italienische Händler. Eine investitionsfeindliche Gesetzgebung (und zum Teil mangelnder unternehmerischer Geist) haben dafür gesorgt, dass die griechischen Oliven bisher nur in Ausnahme-

In Athen wird heftig über eine Studie unter dem Titel „Griechenland in zehn Jahren“ debattiert. Darin geht es um ungenutzte Potentiale der griechischen Wirtschaft.

Von Michael Martens



Griechenland heute: Streikende demonstrieren in Athen.

Foto AFP

fällen an Ort und Stelle weiterverarbeitet werden. Kurios und dennoch charakteristisch ist auch das Beispiel des griechischen Anteils am Welthandel mit Produkten unter der Bezeichnung „griechischer Feta-Käse“ – er beträgt 28 Prozent. Es gibt eine Reihe solcher Beispiele. Allein durch vermehrte industrielle Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten sowie deren professionelle Vermarktung könnten nach Einschätzung des McKinsey-Berichts im kommenden Jahrzehnt 120 000 neue Arbeitsplätze in Griechenland geschaffen und die Handelsbi-

lanzen um etwa 1,2 Milliarden Euro jährlich verbessert werden. Kreta und die Peloponnes böten sich als Standorte für Olivenverarbeitung an, für andere Produkte Nordgriechenland. Voraussetzungen seien allerdings größere landwirtschaftliche Nutzflächen, denn oft sind die bestehenden Einheiten zu klein. Auch werden die Universitäten aufgerufen, in neuen, eng an den Marktbedürfnissen orientierten Studiengängen Fachkräfte auszubilden,

wurde, kann es also nicht liegen. Nur auf den ersten Blick überraschend ist es, dass die McKinsey-Autoren dafür eintreten, mehr Beamte einzustellen. Denn natürlich wollen sie einen solchen Schritt auf wenige, ausgewählte Behörden beschränkt sehen. Eine solche ist der chronisch überlastete oberste Verwaltungsgerichtshof des Landes, der nach vorläufigen Zahlen bis zu 9000 neue Fälle pro Jahr erhält, „aber nur 3000 abschließen kann, also einen stetig wachsenden Überhang und immer längere Bearbeitungszeiten schafft, die jetzt bei zwei bis sechs Jahren liegen“, wie es in der Studie heißt. Auch andere Behörden arbeiten langsam. Lizenzen und andere Dokumente werden oftmals erst nach quälend langen Wartezeiten ausgestellt. Dass es auch anders geht, beweisen die Sonderregelungen, mit denen der Fortgang der in Verzug geratenen Bauprojekte für die Olympischen Spiele in Athen beschleunigt wurde. Um eine Blamage zu vermeiden, wurden in den Jahren vor den Spielen schnelle Entscheidungswege geschaffen. Alle Großbauten wurden so rechtzeitig fertig, die Sommerspiele 2004 waren fast perfekt organisiert.

Daran müsse die Verwaltung wieder anknüpfen, raten die Autoren des Berichts über Griechenlands mögliche Zukunft. Fehle in den Behörden das Fachwissen, müsse eben über einen begrenzten Zeitraum Know-how eingekauft werden, dem man externe Berater verpflichte. (Nicht erwähnt wird freilich die Gefahr, dass sich solche Berater leicht im Gestrüpp einer Bürokratie verfangen könnten, deren Träger durch die mehrfache Kürzung ihrer Einkommen erbittert sind und neidisch auf hochdotierte Quereinsteiger sein werden.) Außer der Verpflichtung von Fachleuten wird der griechischen Regierung sogar geraten, eine neue Behörde zu schaffen. Dabei soll es sich um eine direkt dem Regierungschef unterstellte „Einheit für wirtschaftliche Entwicklung und Reform“ handeln, die all die Verbesserungsvorschläge umzusetzen und ihre Ausführung über in jedem maßgeblichen Ministerium postierte Kontrolleure zu überwachen hätte. Auch hier ist bereits Kritik laut geworden in der griechischen Diskussion – mit dem Erfinden von neuen Behörden und Ausschüssen hat man schließlich eine lange, aber keine gute Erfahrung in Griechenland.

Regierung erwägt Kapitalhilfe für Banken

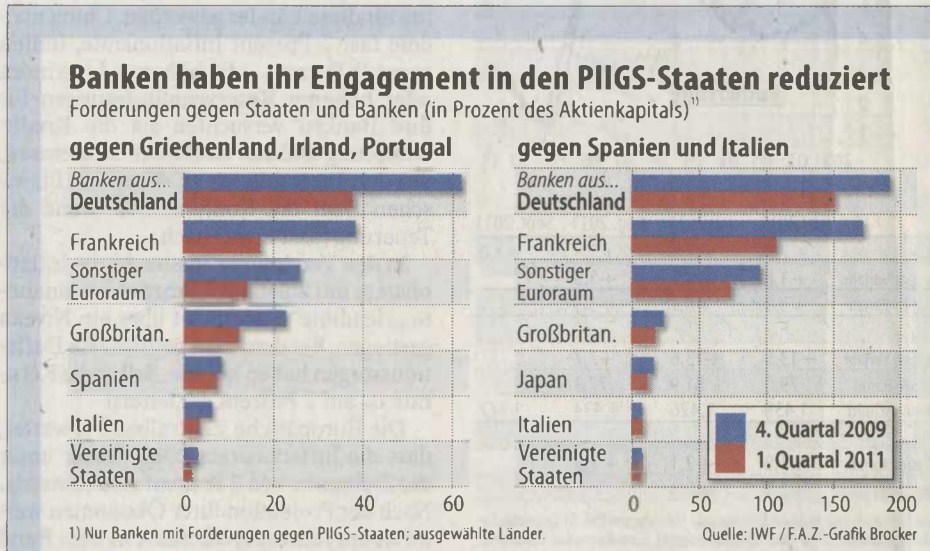
Wiederbelebung des Rettungsfonds Soffin / IWF: 100 bis 200 Milliarden Euro erforderlich

mas./nbu./pwe./wmu. BERLIN/BRÜSEL/WASHINGTON, 5. Oktober. Die Bundesregierung stellt sich angesichts der verschärften Spannungen in der europäischen Bankenlandschaft auf eine Wiederbelebung des Bankenrettungsfonds Soffin ein. Bisher hatte sie diese Möglichkeit unter Verweis auf das neue Restrukturierungsgesetz als unnötig verworfen. Der Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (Soffin) war auf dem Höhepunkt der Finanzkrise errichtet worden, um mit Kapitalhilfen (bis 80 Milliarden Euro) und Garantien (bis zu 400 Milliarden Euro) Banken in Deutschland zu stabilisieren.

Das Restrukturierungsgesetz sehe Hilfen nur zur Stabilisierung einer Bank im Falle der Abwicklung vor, erläuterte Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen den Kurswechsel gegenüber dieser Zeitung. „Damit verbunden ist praktisch ein eigenes Bankentestament.“ Das entspreche den Verabredungen in der Welt. Das alte Soffin-Gesetz erlaubte hingegen eine Hilfe, damit die begünstigte Bank weiterleben könne. Diese Möglichkeit biete das Restrukturierungsgesetz nicht. „Angesichts der aktuellen Lage an den Märkten sollten wir auf diese Möglichkeit zurückgreifen können“, betonte er. Im Fall einer Zuspitzung der Lage habe Deutschland damit relativ schnell die Instrumente, die man kenne und mit denen man umgehen könne, ergänzte der Sprecher von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte in Brüssel, die Bundesregierung sei zu einer Rekapitalisierung der Banken bereit, falls diese notwendig werde. Sie sei darin aber auf den Rat von Fachleuten angewiesen. Voraussetzung sei auch, dass alle Beteiligten zu der Auffassung gelangten, dass die Kapitalausstattung der Institute nicht ausreiche.

Der Direktor der Europa-Abteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Antonio Borges, sprach am Mittwoch in Brüssel von einer Größenordnung von 100 bis 200 Milliarden Euro, die in Europa relativ schnell für die Bankenrekapitalisierung aufgebracht werden müssten. Dies sei „sehr, sehr wenig“ verglichen mit



Banken ziehen sich zurück

Vor allem Banken aus Deutschland und Frankreich haben ihre Forderungen gegen Länder wie Griechenland, Spanien, Italien, Irland und Portugal in den vergangenen 18 Monaten stark reduziert. Denn die Gefahr für die Banken wächst wieder. Gerade müssen Belgien, Frankreich und Luxemburg den Kommunalfinanzierer Dexia abermals retten. (Seiten 17, 21)

der Größe der europäischen Kapitalmärkte und verglichen mit der Ausstattung des erweiterten Euro-Hilfsfonds EFSF, sagte Borges der Nachrichtenagentur Reuters. In einem von Borges in Brüssel vorgelegten Bericht zur europäischen Wirtschaft warnt der IWF, dass das Ausmaß der grenzüberschreitenden Risiken in den Bilanzen europäischer Banken innerhalb Europas zwar – gemessen am Aktienkapital – von 2009 bis 2011 zwar zurückgegangen, aber immer noch beträchtlich seien. Besonders hoch sind diese grenzüberschreitenden Risiken für deutsche und französische Banken.

Positiv notiert der Fonds, dass in Spanien durch Aktienaussgabe einiger Sparkassen und in Irland durch ausländische Beteiligungen das Bankkapital schon erhöht werde. Scharf kritisiert der IWF den europäischen Banken-Stresstest vom Frühjahr. Das Testszenario eines Finanzschocks sei mild gewesen im Vergleich

mit den jetzigen Entwicklungen. Auch hätten die Europäer nicht alle schwachen Banken in dem Test berücksichtigt. Der IWF begründet seine Forderung nach Rekapitalisierung der Banken auch damit, dass eine Verbesserung der Eigenkapitalquote etwa durch geringere Ausleihungen die wirtschaftliche Erholung in Kontinentaleuropa gefährde. Die vor der Zerschlagung stehende französisch-belgische Bank Dexia war im Stresstest nicht als besonders gefährdetes Institut aufgelistet gewesen.

Die EU-Finanzminister hatten am Dienstag in Luxemburg verabredet, sich bis zu ihrem nächsten Treffen einen genauen Überblick über den Stand der nationalen Finanzierungsmöglichkeiten für den Fall zu verschaffen, dass ein Institut eine Kapitalspritze braucht. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich früher verpflichtet, in den Mitgliedstaaten genug (nationale) Mittel für die Rekapitalisierung

der Banken im Notfall bereitzustellen. Schäuble hatte in Luxemburg gesagt, es müsse verhindert werden, dass aus der angespannten Lage an den Finanzmärkten eine Bankenkrise werde. Dabei müsse die neue EU-Bankenaufsichtsbehörde EBA eine wichtigere Rolle spielen.

EU-Währungskommissar Olli Rehn sagte, die Minister seien sich zunehmend einig, dass ein „gemeinsamer koordinierter Ansatz in Europa“ notwendig sei, um die Probleme zu lösen. „Den Ministern ist bewusst, dass die Zeit drängt“, sagte Rehn der „Financial Times“. Sein Sprecher stellte am Mittwoch klar, dass der Kommissar keinem europäischen Bankenrettungsprogramm das Wort reden wolle. Rehn wolle eine bessere Koordination der nationalen Pläne. „Wir sind längst nicht in der Situation von 2008. Die Lage ist schwieriger als im Sommer, als die Stresstests durchgeführt wurden. Aber sie ist besser als noch vor einem Jahr“, sagte der Sprecher.



Heute

Vorübergehender Preisschub

Im September ist die Inflationsrate im Euroraum stark auf 3 Prozent gestiegen. Mittelfristig dürfte sie aber nachlassen. Der vierteljährliche Preisbericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Seite 12

Schlüssel zur Energiezukunft

Die EU-Kommission will zwölf grenzüberschreitenden Energie-Schlüsselprojekten absolute Priorität zugestehen und diese mit Milliardensummen fördern. Seite 13

Elektronikoffensive

Das Medienhaus Weltbild begleitet den Buchleser in die Elektronik: Mit

IWF denkt an Kauf spanischer und italienischer Staatsanleihen

Im Internationalen Währungsfonds (IWF) gibt es offenbar Gedankenspiele, dass der Fonds sich an Käufen spanischer und italienischer Staatsanleihen am Sekundärmarkt beteiligen könnte, um zur Gesundung des europäischen Finanzsystems beizutragen. Solche Käufe könnten neben den Aktivitäten des Euro-Rettungsfonds EFSF stattfinden, erklärte der Direktor der Europa-Abteilung des IWF, Antonio Borges, der Nachrichtenagentur Reuters in Brüssel. Der Fonds könne eine Zweckgesellschaft gründen, um solche Anleihekäufe zu tätigen. Borges bezeichnete dies als eine Option und betonte ferner, dass der IWF beiden Ländern auch vorbeugende Kreditlinien zur Verfügung stellen könne. Das Exekutivdirektorium des Fonds hat sich nach Informationen dieser Zeitung mit

den Gedankenspielen der Fonds-Ökonomen bislang nicht befasst.

Borges ruderte später zurück und stellte in einer offiziellen Mitteilung des IWF klar, dass der Fonds keine neuen Anfragen europäischer Länder für Finanzhilfen habe. Der IWF stelle keine Überlegungen an, sich zusammen mit dem EFSF in Märkte einzumischen. Jede alternative Kreditfazilität bedürfe rechtlicher Änderungen und einer anderen Finanzierungsquelle.

Eine Zweckgesellschaft des Fonds könnte womöglich bilaterale Kreditlinien bündeln, wird in ranghohen Kreisen gemutmaßt, und so einen speziellen finanziellen Puffer für Europa bieten. Die Geschäftsführende Direktorin des Fonds, Christine Lagarde, hatte erst vor zwei Wochen auf der Jahrestagung eindringlich dafür geworben,

dass der IWF mehr finanzielle Ressourcen benötige, um drohende Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft zu bewältigen zu können. Sie sieht die Rolle des Fonds als die einer Versicherungsagentur, die auch vorbeugend breite sogenannte Schutzschirme über Ländern „aufspannt“.

Nach den Angaben Borges' gibt es historische Vorbilder für eine Zweckgesellschaft des IWF. Der Fonds hatte 1977 eine nach dem damaligen Geschäftsführenden Direktor Johannes Witteveen benannte Kredit-Fazilität geschaffen. Dieser Sonderfonds speiste sich vor allem aus Devisenüberschüssen der Ölförderländer. Länder, die ihre Kreditlinien beim Fonds bereits erschöpft hatten, konnten aus dem Sonderfonds noch mehr Devisen erhalten.